



MANNHEIM HÄLT ZUSAMMEN!

THORSTEN RIEHLE

Vorsitzender SPD-Gemeinderatsfraktion

Rede zum Haushalt 2022 der Stadt Mannheim
Mannheim, 18. November 2021

FRAKTION
MANNHEIM

SPD

Mannheim hält Zusammen!



Fotos: Daniel Lukac

SPD-Gemeinderatsfraktion

Dr. Bernhard Boll

Isabel Cademartori, MdB

Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL

Reinhold Götz

Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper

Helen Heberer

Stefan Höß

Andrea Safferling

Thorsten Riehle

Dr. Claudia Schöning-Kalender

Redaktion

Lena Kamrad

Julia Diez

Manuel Meißner

SPD-Gemeinderatsfraktion

Rathaus E5, 68159 Mannheim

Tel.: 0621/ 293-2090

Email: spd@mannheim.de

www.spdmannheim.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Dezenturistin, sehr geehrte Dezenturisten, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,

das ist meine erste Haushaltsrede, die ich als Fraktionsvorsitzender der SPD vor dem Mannheimer Gemeinderat halten darf. Eigentlich habe ich mir das ganz anders vorgestellt: ausführlicher, in der Tragweite der vor uns liegenden Entscheidungen bedeutender. Aber die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind in Deutschland immer noch deutlich spürbar und nehmen damit auch Einfluss auf den finanziellen Rahmen, den wir in diesem Jahr für den Haushalt 2022 verhandeln können.

Mannheim ist bislang gut durch die Krise gekommen. Das haben wir den Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die in großer Solidarität bei der Eindämmung des Infektionsgeschehens geholfen und damit sich selbst und andere geschützt haben. Das verdanken wir dem medizinischen Personal und den Pflegekräften, die seit dem Ausbruch der Pandemie am Limit ihrer Kräfte arbeiten. Aber auch die Verwaltungsspitze, das Gesundheitsamt und alle in der Stadtverwaltung engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben zur Bekämpfung der Pandemie erheblich beigetragen. Dafür möchte ich Ihnen unseren herzlichen Dank aussprechen!

Vielfältige Stadt und soziale Gerechtigkeit

Wenn wir als SPD-Fraktion auf die Folgen der Pandemie blicken, sind uns drei Punkte für unsere Haushaltsberatungen wichtig:

- 1. Die Krise hat die soziale Ungleichheit in unserer Stadt noch einmal verstärkt. Familien in prekären Lebenssituationen haben unter den Einschränkungen besonders gelitten.**

Der Schwerpunkt muss nun darauf liegen, die sozialen Folgen der Pandemie zu bekämpfen. Bildung und weitere unterstützende soziale Maßnahmen sind dabei die unumgängliche Antwort auf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Eine vielfältige Bildungslandschaft bedeutet die Chance auf mehr Bildungsgerechtigkeit.

Für uns bleiben deshalb die Neubauten der Geschwister-Scholl-Schulen und der Humboldt-Ganztagsgrundschule, die Sanierung und der Neubau der Waldschule und die Sanierung des Humboldt-Stammgebäudes, ebenso wie eine neue Gemeinschaftsschule in Mannheim wichtige Forderungen, die im Haushalt mittelfristig abzubilden sind.

Auch der erforderliche und gleichzeitig ambitionierte Ausbau der Kindertagesstätten in jedem einzelnen Stadtteil muss fortgeführt werden. Die positive Bevölkerungsentwicklung zeigt dabei ganz klar: die Erweiterung von Kinderbetreuung und Schulen bleibt eine Daueraufgabe, nicht zuletzt wegen der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für jedes Grundschulkind beginnend ab 2026. Hinzu kommt der Ausbau von außerschulischen Angeboten wie dem Campus in der Neckarstadt-West oder dem anderen Schulzimmer, aber auch die Verstetigung und dort, wo es notwendig ist, die Erweiterung von Quartiersarbeit.

Die Corona-Krise hat wie beim Thema Bildung den Handlungsbedarf in vielen Bereichen unseres sozialen Zusammenlebens offengelegt. Deshalb sind soziale Einrichtungen und karitative Organisationen wichtige Partner in unseren Bemühungen, die Potentiale der Menschen in einer vielfältigen Stadt zu erkennen und zu nutzen. Freie Wohlfahrtspflege, Verwaltung und Politik müssen auf Augenhöhe nach gemeinsamen Lösungen suchen. Subsidiarität darf dabei aber nicht als Wunschkonzert missverstanden werden, sondern muss deutlich mehr als bisher dazu beitragen, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen in der Versorgung und Förderung älterer Menschen, von Menschen mit Handicap, Kindern und Jugendlichen, in der Unterstützung von Menschen mit Suchterfahrung und Betroffenen von häuslicher Gewalt, oder in der Flüchtlingsarbeit als gemeinsame Aufgabe zu verstehen.

Hinzu kommt die Frage der Nutzung von Kirchen- und Gemeinderäumlichkeiten, die in den nächsten Jahren nicht mehr zu bewirtschaften sind. Diese Orte haben wichtige sozialräumliche Funktionen und dürfen nicht als Spekulationsobjekte der Allgemeinheit vorenthalten werden.

2. Wirtschaft, Handel, Gastronomie, Kultur und das Vereinsleben stehen vor großen Herausforderungen.

Für den Einzelhandel in der Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen, wird es in den nächsten Jahren entscheidend sein, wie er sich auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen kann. Wir als Stadt können unterstützen, indem wir Erlebnis- und Aufenthaltsräume schaffen, die den Kunden einen echten Mehrwert beim Einkauf vor Ort bieten. Das bedeutet vor allen Dingen eines: mehr Platz für Begegnungen, zum Verweilen, für Sport, kulturelle Ereignisse oder Events. Auch der Ausbau von zentralen Plätzen in den Stadtteilen bleibt für uns wichtig, um den Einzelhandel vor Ort zu stärken. Durch die Verbesserung der Aufenthaltsqualität wird die Kaufkraft gestärkt. Wichtig ist uns für die Innenstadt, dass der parksuchende Individualverkehr gut und zügig in die Parkhäuser geleitet wird und diese ebenso wieder verlassen kann.

Industrie und Handel benötigen Verlässlichkeit bei der Planung, Umsetzung und Ankündigung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen.

Die hierfür notwendigen Investitionen müssen im Doppelhaushalt 2023/2024 wieder aufwachsen, um die großen Herausforderungen, die wir vor uns haben, bewältigen zu können. Dennoch sollten wir schon im nächsten Jahr Maßnahmen vorantreiben, bei denen alle Mobilitätsformen profitieren.

Allgemein gilt, dass die Fokussierung auf die autogerechte Stadt der Vergangenheit angehört. Investitionen in die Mobilitätsinfrastruktur müssen für eine gerechte Aufteilung des Platzes zwischen Auto-, Fahrrad- und Fußverkehr sorgen. Und deshalb ist es richtig, den öffentlichen Raum sukzessive von Autos zu befreien, um mehr Platz für die Menschen zu schaffen. Dazu braucht es intensive Gespräche in den Stadtteilen, die Themen wie Gehwegparken, Quartiersgaragen, Fremdnutzung von Stellplätzen und vieles mehr beleuchten und in Konzepte unter Beteiligung der jeweiligen Bezirksbeiratsgremien und der Bürgerschaft zusammenfasst. So nehmen wir alle mit auf diesem Weg.

Kunst und Kultur gehören unabdingbar zum Erhalt einer vielfältigen Gesellschaft und sind besonders schützenswert. Im Nachhinein war es gut, dass wir die Budgetverstärkungen der freien Szenen im aktuellen Doppelhaushalt durchsetzen konnten. Nur so war es möglich, die Vielfalt, auf die wir zurecht stolz sind, zu bewahren. Wir brauchen aber vor den nächsten Haushaltsberatungen eine erneute Evaluierung der bisherigen Zuschüsse, um gezieltere Maßnahmen zur Absicherung der kulturellen Vielfalt ergreifen zu können.

Besonders schwierig ist die Situation für Vereine in unserer Stadt. Die zeitweise Schließung von Sportplätzen, Hallen und Übungsräumen, der Mitgliederschwund, das Fehlen von Übungsleiterinnen und Übungsleitern: in allen Bereichen stehen die Vorstandschaften vor großen Herausforderungen. Vereine laden zum Mitmachen ein, bringen Menschen zusammen, überwinden soziale und kulturelle Grenzen, integrieren Kinder und Jugendliche, leben Inklusion - kurzum: sie sind wertvoll für unsere Gesellschaft und unsere demokratische Grundordnung. Deshalb ist es gut, dass wir für die Vereinsarbeit finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Das wird aber in der Zukunft nicht mehr ausreichen, da die Aufgaben und Herausforderungen immer größer werden. Die vielfältige Vereinsarbeit in Mannheim muss als tragende Säule bürgerschaftlichen Engagements unterstützt, stabilisiert und weiterentwickelt werden. Dafür wollen wir die notwendigen Impulse im nächsten Jahr setzen.

3. Der Umgang mit dem öffentlichen Raum hat zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Der enorme Druck, der auf dem öffentlichen Raum lastet, ist während der Corona-Pandemie noch einmal deutlich größer geworden. Sauberkeit und die fehlende Ahndung von Verstößen sind Themen in nahezu allen Bürgergesprächen. Zur Ehrlichkeit gehört deshalb die Feststellung, dass die positiven Effekte, die wir uns in der Bündelung der Bereiche Planung und Bau, Grünflächen, Straßenbetrieb, Stadtreinigung und Abfallwirtschaft in den Eigenbetrieb Stadtraumservice erhofft haben, noch nicht eingetreten sind.

Natürlich hat die Corona-Pandemie besonders in diesem Eigenbetrieb dafür gesorgt, dass zusätzliche Belastungen getragen werden mussten. Es wäre aber den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zu vermitteln, wenn wir weiterhin ohne Konsequenzen zulassen würden, dass Grünflächen vermüllt werden und Sperrmüll illegal entsorgt wird.

Wir müssen uns daher auch um die Vermeidung von Abfall kümmern und uns nicht ausschließlich auf das Säubern oder das Wegräumen beschränken. Das ist im Übrigen auch für die Beschäftigten zunehmend frustrierend.

Aus dieser und aus vielen weiteren Aufgaben in der Verwaltung erwächst eine besondere Herausforderung. Der Fachkräftemangel bedeutet für Städte und Kommunen zunehmend mit privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in Konkurrenz zu treten. Der eingeschlagene Weg, Beschäftigungsmöglichkeiten durch Qualifizierung zu stärken, muss ausgebaut und vor allen Dingen im gewerblichen Bereich ermöglicht werden. Wir brauchen auf die jeweiligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugeschnittene Konzepte, die ihre Potentiale erkennen, Qualifizierung ermöglichen und die beinhalten, Kosten von Weiterbildung zu übernehmen. Faire Arbeitsbedingungen nach tariflichen Standards müssen dabei auch für die städtischen Servicegesellschaften sowie alle beauftragten Dienstleister gelten.

Ökologischer Umbau ist eine Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft

Unabhängig von den aktuellen Haushaltsberatungen prägt eine weitere globale Herausforderung unsere Generation. Die Klimakrise wird, sofern wir in den nächsten Jahren die Erderwärmung nicht eingrenzen, zur Klimakatastrophe. Davon betroffen sind vor allem die jungen Menschen, die sich auf der Straße lautstark für mehr Klimaschutz einsetzen und ihre Forderung an Politik und Gesellschaft stellen. Um die Welt für zukünftige Generationen zu sichern, muss der Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Verbrennung von fossilen Brennstoffen so schnell wie möglich erfolgen, schneller als wir bisher geglaubt haben. Die Stilllegung des GKM können wir nur mit dezentralen Konzepten der Energiegewinnung und der Fernwärmeproduktion kompensieren. Deshalb ist es richtig, dass sich die MVV schon seit vielen Jahren auf diese Szenarien vorbereitet und längst an der Energiewende arbeitet. Damit ist sie zu einer Vorreiterin des ökologischen Umbaus geworden.

Die notwendige Transformation muss sozial gerecht sein, und darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen werden. Wir sehen es als unsere Pflicht, den Kolleginnen und Kollegen des GKM Perspektiven aufzuzeigen. Deshalb erwarten wir, dass wir uns als Stadt nicht auf die Position der Minderheitsbeteiligung beim GKM zurückziehen, sondern eine aktive Rolle spielen, so wie wir das in der Arbeitsmarktpolitik schon seit vielen Jahren tun.

Deshalb werden wir einen lokalen Runden Tisch zu den „Auswirkungen der industriellen Transformation“ anregen, der sich explizit mit den Problemen der Kolleginnen und Kollegen aller in Mannheim ansässigen Industrieunternehmen beschäftigt.

Energie- und Mobilitätswende sind die Voraussetzungen für Klimaschutz. Wir müssen deshalb den öffentlichen Personennahverkehr deutlich schneller und besser ausbauen als bisher geplant – und er muss kostengünstiger werden und nicht teurer. Das 365-Euro-Ticket bleibt für uns unabdingbare Grundlage der Verkehrswende. Wir brauchen in den nächsten Jahren hohe Investitionen, wenn wir die Ziele in diesem Bereich erreichen wollen. Das wird nur mit mehr Geld aus den öffentlichen Haushalten und einer deutlich höheren Unterstützung von Land und Bund möglich sein.

Hinzu kommen einfache Maßnahmen, die deutlich schneller umgesetzt werden müssen, z.B.:

- Tempo 30 auf allen innerörtlichen Straßenabschnitten
- Öffnung des ÖPNV durch attraktive Mitfahrgelegenheiten bei allen Zeitkarten
- Schutz und ökologischer Ausbau der vorhandenen Grün- und Freizeitflächen und Entsiegelung dort, wo es notwendig ist
- Verschattung versiegelter Flächen, beispielsweise mittels Sonnensegel
- Schnellere und konsequentere Pflanzung von Stadtbäumen, beispielsweise auf leeren Baumscheiben
- Umbau des geschädigten Stadtwalds durch Pflanzung von Bäumen mit mehr Klimaresilienz

Die Aufgabe ist gewaltig und fordert uns alle. Sie bietet aber auch eine Chance: Deutschland als Vorreiter der ökologischen Transformation hin zur Klimaneutralität bedeutet, dass es auch in der Zukunft ausreichend Arbeitsplätze geben wird, lebenswerte Städte erhalten bleiben und der Wohlstand unserer Gesellschaft gesichert ist. Dazu braucht es mehr Ehrgeiz und größere Ambitionen. Wir als SPD wollen, dass Mannheim als Industriestandort durch Innovationskraft und richtungsweisende Entscheidungen weiterhin eine Vorreiterrolle einnimmt. Das muss in den großen Linien gelingen, die unser Oberbürgermeister in bemerkenswerter Weise bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow aufgezeigt hat. Das muss vor allen Dingen aber auch durch praktisches Handeln bewiesen werden. Wir müssen deshalb aufhören, nur die Probleme zu beschreiben, sondern anfangen, nach Lösungen zu suchen.

Und wir müssen alle beteiligen, die einen Beitrag leisten wollen, können und müssen. Mit der Erstellung des Klimaschutz-Aktionsplans 2030 hat Mannheim damit begonnen, das strategische Ziel der Klimaneutralität zu konkretisieren. Es war unabdingbar, neben den Umweltschutzverbänden und bürgerschaftlichen Gruppen auch diejenigen mit an den Tisch zu setzen, die von der Transformation besonders betroffen sind. Gewerkschaften, IHK und Industrieverbände sind diejenigen, die unbedingt mitmachen müssen. Auch die Bürgerschaft ist eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Das alles begrüßen wir ausdrücklich, weil unser Ziel der Klimaneutralität ohne eine breite Beteiligung und ohne Akzeptanz im gesteckten zeitlichen Rahmen nicht zu erreichen sein wird.

Bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht

Einer weiteren großen Aufgabe müssen wir uns widmen: Wohnen ist die soziale Frage einer prosperierenden Stadt. Die gerade vorgestellte Bevölkerungsprognose 2040 zeigt ein Wachstum für Mannheim von etwas mehr als 20.000 Menschen, die in den nächsten Jahren zusätzlich auf den Wohnungsmarkt einwirken werden. Dem Glücksfall der Konversionsflächen folgt die Ernüchterung, dass große Bauprojekte allein nicht ausreichen, um bezahlbaren Wohnraum für Alle zu schaffen. Unsere wohnungspolitische Strategie und das daraus abgeleitete 12-Punkte-Programm im Juni 2017 war die richtige Antwort auf weiter steigende Mieten, die sich durch die Gesetze des freien Marktes nicht reguliert haben. Jetzt ist es wichtig, das Programm konsequent weiter zu entwickeln und so die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu beruhigen. Dazu gehört auch perspektivisch, die finanziellen Mittel des Bodenfonds zu erhöhen, um die neue Grundstücksstrategie – Ankauf statt Verkauf – umsetzen zu können. Wir setzen dabei auf Innenentwicklung, Leerstandsmanagement und Neubauprojekte. Moderne Stadtgestaltung vereint ökologische Notwendigkeiten und adäquaten Wohnraum mit innovativen Ideen für kleinräumige Mobilität, Regenwassermanagement, Energiegewinnung und Wärmeeffizienz. Dass dies auch im kleinen Maßstab möglich ist, wollen wir an Quartiersentwicklungen wie der Otto-Bauder-Anlage in Seckenheim aufzeigen.

Wir wollen vor allen Dingen neuen Gemeinschaftswohnformen oder genossenschaftlichem Bauen Vorrang geben, brauchen aber auch die privaten Bauträger. Die GBG spielt auch künftig eine treibende Rolle. Sie zu stärken hat für die SPD absolute Priorität.

Wesentliche Forderungen für eine wachsende Stadt

Abschließend möchte ich unsere fünf wesentlichen Forderungen verdeutlichen:

- Wir wollen junge Menschen stärken. Dazu müssen wir konsequent Kita-Plätze in allen Stadtteilen schaffen und Ganztags- und Gemeinschaftsschulen ausbauen, um unsere Bildungslandschaft fit für die Zukunft zu machen. Wir müssen Kinder und Jugendliche, die besonders unter den Folgen der Pandemie leiden, mit zusätzlichen Angeboten unterstützen.
- Ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Corona hat die Vereinsarbeit stark getroffen. Wir wollen den Vereinen deshalb mehr unter die Arme greifen und ihnen helfen, Perspektiven für die kommenden Jahre zu entwickeln.
- Besonders die Innenstadt muss zu einem attraktiven Erlebnis- und Aufenthaltsraum umgebaut werden. Auch in den Stadtteilen wollen wir den öffentlichen Raum neu ordnen, um mehr Platz für die Menschen zu schaffen.

Dazu braucht es intensive Gespräche, in denen wir mit allen Beteiligten vor Ort, die Themen wie Gehwegparken, Quartiersgaragen, Fremdnutzung von Stellplätzen diskutieren. So nehmen wir alle mit auf diesem Weg!

- Der Klimawandel ist auch für die Kommunen die größte Herausforderung unserer Zeit. Vor Ort müssen wir bei den Maßnahmen, die zum Klimaschutz beitragen, schneller werden. Dabei wollen wir die Menschen in Mannheim miteinbinden. Bei der ökologischen Transformation der Industrie müssen wir alle mitnehmen.

Wir als Gesellschaft sind in der Pflicht, die betroffenen Beschäftigten in dem bevorstehenden Umbruch nicht alleine zu lassen. Die ökologische Transformation ist vor allen Dingen eine Energie- und Verkehrswende, die wir organisieren müssen.

- Wohnen muss für alle Menschen in Mannheim bezahlbar sein. In einer wachsenden Stadt ist es unsere Aufgabe, die Maßnahmen wie das 12-Punkte-Programm ständig weiter zu entwickeln. Wir brauchen Maßnahmen wie Innenentwicklung und Leerstandsmanagement, um die steigenden Mieten eindämmen zu können. Aber wir müssen auch neue Wohnungen bauen. Unser Ziel ist es, eine moderne Stadtgestaltung mit ökologischen Notwendigkeiten zu vereinen.

Investitionskraft bleibt im Zwischenhaushalt 2022 erhalten

Mannheim steht vor großen Herausforderungen! Trotz der finanziell angespannten Lage wollen wir die Stadt weiter voranbringen und in Mannheim investieren. Der Haushalt für das Jahr 2022 ist ein Sabbatjahr auf hohem Niveau. Während andere Kommunen Vorhaben abmelden, ist es in Mannheim gelungen, die Investitionskraft zu erhalten. Das zeigt, wie gut Mannheim in den letzten Jahren gewirtschaftet hat. Um dies in den Folgejahren fortzuführen, wird es wichtig sein, sich künftig auf strategische Vorhaben langfristig zu verständigen.

Zum Ende gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, den Personalrätinnen und Personalräten in den Fachbereichen und Dienststellen, der kritischen Reflektion und der Mitarbeit meiner Fraktionskolleginnen und – kollegen sowie der Unterstützung durch unsere Fraktionsgeschäftsstelle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim

Rathaus E5

68159 Mannheim

Tel. 0621/293 2090

SPD@mannheim.de

www.spdmannheim.de

 SpdFraktionMannheim

 spdmannheimgemeinderat

